Hamburg, den 17.03.2024

Liebe Pastorinnen und Pastoren im Kirchenkreis Hamburg-Ost und Hamburg-West/Südholstein!

Wir freuen uns, dass Sie die diesjährige Aktion „7 Wochen für die Menschenrechte“ unterstützen.

In der Anlage erhalten Sie den Petitionsbrief für den kommenden Sonntag, den 24.03.2024 in der englischen Fassung zum Abschicken an den Justizminister Chinas und die übersetzte Form für die Botschaft, - beide zum Verteilen an die Gottesdienstbesucher und andere Interessierte oder zur Veröffentlichung auf der Homepage. Der englische Brief ist mit 1,10 € zu frankieren, der für die Botschaft in Deutschland mit 0,85 €.

Hintergrundinformationen:

Der Hongkonger Aktivist Leung Kwok-hung (auch bekannt als Long Hair) gehört zu einer Gruppe ehemaliger Abgeordneter und Aktivist*innen, die im Februar 2021 auf Grundlage des Nationalen Sicherheitsgesetzes für Hongkong (NSL) angeklagt wurden. Da es sich um 47 Personen handelt, wurden die Gruppe und der Massenprozess unter dem Kürzel "HK47" bekannt. Leung Kwok-hung wird "Verschwörung zum Umsturz" vorgeworfen, weil er sich an selbstorganisierten "Vorwahlen" der politischen Opposition für die Parlamentswahlen beteiligt hat. Im Falle einer Verurteilung droht ihm eine lebenslange Haftstrafe.

Am 4. März wurde ihm eine Kaution verweigert, und er blieb in Haft. Am 12. März wurde Leung erneut die Freilassung nach Hinterlegung einer Kaution verweigert, da er die nationale Sicherheit gefährde. Und auch am 29. März 2021 verweigerte ihm das Oberste Gericht erneut eine Kaution, und er blieb bis zur nächsten Anhörung in Haft. Am 13. Mai 2021 bestätigte die Richterin des Obersten Gerichtshofs, Esther Toh, ihre Entscheidung, Leung die Kaution zu verweigern, und begründete dies mit seiner entschiedenen Opposition gegen die Regierung und das nationale Sicherheitsgesetz. Toh argumentierte auch, dass Leung im Falle seiner Freilassung ausländische und internationale Unterstützung genieße und ein hohes Risiko einer erneuten Straftat bestehe.

Long Hair und alle übrigen HK47-Angeklagten müssen unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden, da sie nur strafrechtlich verfolgt werden, weil sie ihre Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen haben.

Mit folgendem Text kann in den Gottesdiensten die Briefaktion von amnesty international z.B. bei den Abkündigungen eingeleitet werden:

„Für uns ist nur ein Brief …

… für sie das Überleben.“

In gut 30% aller Fälle, zu denen Briefaktionen gestartet werden, kann eine Verbesserung der Lage der Betroffenen erreicht werden; z.B. ein Todesurteil wird nicht vollstreckt, Folter wird nicht fortgesetzt, Gefangenen wird Kontakt zu Rechtsanwälten und Familienangehörigen ermöglicht, oder sie werden freigelassen.

Die Macht der Öffentlichkeit – hierin liegt der Hebel für Arbeit von amnesty international – und für unsere Erfolge.

Mit freundlichen Grüßen

Janine Mahrendorf

ai-Gruppe 1452 Hamburg